

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

BvCW Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.
Michael Greif
Luisenstr. 54
10117 Berlin

20.05.2024

Ihre Anfrage zur EU-Wahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

danke für Ihre Wahlprüfsteine im Rahmen der EU-Wahl 24, die wir nachfolgend beantworten:

Vorbemerkung:

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben kein eigentliches Initiativrecht, um damit Gesetzesvorhaben auf parlamentarischer Ebene anzustoßen. Wohl aber haben sie die Möglichkeit, mittels so genannter Resolutionen die EU-Kommission aufzufordern, Gesetzes- bzw. Richtlinienentwürfe vorzulegen. Insofern sind die Fragen nach dem Vorgehen zur Umsetzung ihrer Vereinigung dahingehend zu beantworten, dass wir versuchen werden, im EU-Parlament Mehrheiten für die entsprechenden Forderungen an die EU-Kommission zu organisieren. Und uns dann in der Beratung der von ihr vorgelegten Vorhaben unter Beteiligung der Interessenverbände entsprechend positionieren.

Infolgedessen können wir leider nicht weitergehend auf die Art der Umsetzung eingehen, sondern teilen unsere generelle Haltung zu den einzelnen Punkten mit:

1. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen **Wie werden Sie sich für eine europaweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis einsetzen?**

Die Europäische Piratenpartei unterstützt die Legalisierung von psychedelisch unterstützten Therapien. Wir sind der Meinung, dass Patienten das Recht haben sollten, diese Behandlungen unter

Piratenpartei Deutschland Bundesverband

Pflugstraße 9a
10115 Berlin

www.piratenpartei.de
vorstand@piratenpartei.de

Telefon: +49-30-27572040
Telefax: +49-30-609897517
bgs@piratenpartei.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Vorsitzender:
Lukas Küffner

Stellv. Vorsitzender:
Stephan Franzelius

Schatzmeister:
Wolf Vincent Lübcke

Stellv. Schatzmeisterin:
Jutta Dietrich

Pol. Geschäftsführer:
Dennis Klüver

Stellv. pol. Geschäftsführer:
Babak Tubis

Generalsekretär:
Borys Sobieski

Stellv. Generalsekretär:
Stephan Erdmann

Bankverbindung:

GLS Bank Bochum
IBAN: DE36430609677006027900
BIC: GENODEM1GLS

ärztlicher Aufsicht in Anspruch zu nehmen und dass sie reguliert werden sollten, um Sicherheit und Wirksamkeit zu gewährleisten. Die Piratenpartei unterstützt die Entwicklung einer evidenzbasierten Politik, die darauf abzielt, den Zugang zu psychedelisch unterstützten Therapien zu erweitern und die Forschung über das therapeutische Potenzial dieser Substanzen zu fördern.

2. Förderung

Inwieweit werden Sie sich für die Anbau- und Forschungsförderung zu den nachhaltigen Potentialen von Hanf - sowohl im medizinischen, als auch im Industriehanfbereich (z. B. Baustoff, Faserverbundstoff, Papier, Textilien, Lebensmittel) - einsetzen?

Hanf für alle seinen nutzbaren Zwecke zu realisieren und Forschung zu fördern gehört zu unseren plakatierten Zielen. Selbstverständlich werden wir somit in diesem Sinne im Rahmen der Möglichkeiten handeln.

3. Genusscannabis: Europäische und internationale Verträge

Setzen Sie sich für eine Änderung europäischer und internationaler Verträge ein, so dass die Legalisierung des Handels von Genusscannabis ausdrücklich ermöglicht wird? Würden Sie Alternativ auch eine niedrigschwelligere Lösung für reformwillige EU-Staaten unterstützen?

Die Piraten plädieren dafür, dass sich die EU für eine Neufassung und gegebenenfalls Kündigung der UN-Konventionen zu psychoaktiven Substanzen einsetzt, um eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise zu erreichen. Cannabis und andere Substanzen sollten von der Liste der illegalen Drogen gestrichen werden. Prohibition hat noch nie dafür gesorgt, dass eine Droge nicht konsumiert wurde.

4. Green Deal

Inwieweit werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hanf Bestandteil des Europäischen Green Deals wird?

Wir sehen einen Ansatzpunkt im GAP. Die GAP sollte die Landwirte dazu ermutigen, sich an den Klimawandel anzupassen, was die Technologien und die Wahl der Kulturen oder Sorten betrifft. Die GAP muss einen Rahmen bieten, der gleiche Rechte, Chancen und Verpflichtungen festlegt. Die Rolle der Subventionen in der europäischen Agrarpolitik muss sich in Richtung einer stärkeren Ausrichtung auf Vielfalt und Gleichheit ändern. Finanzielle Unterstützung muss nach Kriterien der Nachhaltigkeit gewährt werden und nicht auf der Grundlage der Fläche oder der Produktion.

5. Traditionelle Lebensmittel

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass natürlich verarbeitete Pflanzenbestandteilen des Nutzhanfs (inkl. natürlich vorkommendes CBD) als traditionelle Lebensmittel nicht unter die Novel-Food Verordnung der EU fallen und den traditionellen Einsatz als Heilkraut normalisieren?

Im Prinzip gilt hier das selbe wie bei der vorherigen Frage. Wenn in der Landwirtschaft frei entschieden werden kann, was angebaut wird, gibt es keinen Grund, bestimmte

Erzeugnisse zu verbieten.

6. Angemessene THC-Grenzwerte

Treten Sie dafür ein, dass beim Industriehanf (Nutzhanf) ein höherer THC-Grenzwert möglich wird? Falls ja, bis zu welcher Höhe (z.B. Schweiz & Tschechien: 1,0 %; Italien 0,6%)?

Prinzipiell streben wir eine einheitliche Cannabispolitik in der Europäischen Union an, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gründet. Dies gilt auch für den hier angesprochenen Aspekt. Insofern legen wir uns nicht auf einen Wert fest, sondern warten die Ergebnisse ab hinsichtlich dessen, was medizinisch und verkehrssicherheitstechnisch sinnvoll ist.

7. Rechtssicherheit bei weiteren Cannabinoiden (z.B. CBD)

Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z.B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Europawahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?

Die Europäische Piratenpartei ist der Ansicht, dass die Drogen- und Suchtpolitik auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und der individuellen Autonomie sowie der öffentlichen Gesundheit Vorrang einräumen sollte. Die Partei unterstützt eine Überarbeitung der UN-Drogenkonventionen und deren Umsetzung in EU-Recht, um eine evidenzbasierte Drogenpolitik zu schaffen, die der öffentlichen Gesundheit und der Schadensbegrenzung Vorrang einräumt.

8. Normalisierung des Geschäftsverkehrs mit legalen Hanfprodukten

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anbieter legaler Cannabisprodukte nicht weiter von Zahlungsdienstleistern, Banken und Social-Media-Anbietern ("Shadow-Ban") diskriminiert werden? Befürworten Sie eine Begründungspflicht bei Ablehnung von Dienstleistungen gegenüber den Antragstellern?

Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Vorbemerkung. Zielführend kann die konkrete Formulierung von Diskriminierungsfreiheit bspw. in der Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2) und anderen Regelungen für die verschiedenen Dienstleistungsbereiche sein.

Dass eine Begründungspflicht für eine Ablehnung sinnvoll ist, wagen wir zu bezweifeln, denn wie heißt es so schön? Wer etwas machen will, findet Wege, wer etwas nicht machen will, findet Gründe. Schaden kann sie aber auch nicht.

Wir hoffen, mit diesen Aussagen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.